

Beschluß KMV Pinneberg 22.2.2010

AntragstellerInnen: Ines Strehlau (KV Pinneberg), Thorsten Fürter (KV Lübeck), Valerie Wilms (KV Pinneberg), Thorsten Berndt (KV Pinneberg), KMV Pinneberg am 22.2.2010

Norddeutsche Zusammenarbeit weiter voran bringen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Norddeutsche Zusammenarbeit in Politik und Verwaltung vertiefen

1. Der Landesverband Schleswig-Holstein von Bündnis 90/Die Grünen begrüßt die Initiative der Grünen Landtagsfraktion, die norddeutsche Zusammenarbeit in der Enquete Kommission auch auf politischer Ebene weiter voran zu bringen.
2. Der Landesvorstand und die Landesarbeitsgemeinschaften nehmen mit den Grünen Landesverbänden von Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen Gespräche über eine verstärkte politische Kooperation auf.
3. Der Landesverband Schleswig-Holstein von Bündnis 90/Die Grünen fördert die Kooperation auch mit dem Ziel der Bildung eines neuen norddeutschen Bundeslandes, in dem alle Landesteile Schleswig-Holsteins repräsentiert sind.
4. Der Kreisvorstand wird aufgefordert im Sinne des Beschlusses einen Antrag auf dem nächsten Landesparteitag einzubringen.

Begründung

Im Leben der Menschen verlieren die Landesgrenzen innerhalb Norddeutschlands immer mehr an Bedeutung. Menschlicher, kultureller, beruflicher und wirtschaftlicher Austausch zwischen den Bundesländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen ist nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel. Das Zusammenarbeiten von Hamburg und Schleswig-Holstein sticht hierbei besonders heraus.

In den gesellschaftlichen Strukturen wird dieser gemeinsame Lebensraum nachempfunden. Die Unternehmensverbände Hamburg und Schleswig-Holstein haben sich zusammengeschlossen. Auch die länderübergreifende Arbeit zwischen Rundfunkanstalten, Kirchen und Gewerkschaften ist längst Realität.

Staat und Verwaltung hinken dieser Entwicklung hinterher. Die Existenz von zwei Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen in Hamburg und Schleswig-Holstein mit nahezu identischem Untersuchungsgegenstand belegt dies exemplarisch. Nachdem die statistischen Landesämter, die Eichämter und die Medienanstalten von Hamburg und Schleswig-Holstein zusammengelegt wurden, ist in jüngerer Zeit nur noch die Kooperation der Patentverwertungsagenturen beider Länder zu nennen.

Wir wollen diesen Prozess des Zusammenwachsens neu anstoßen. Grüne und SPD im Schleswig-Holsteinischen Landtag haben die Einsetzung einer Enquete-Kommission des Landtags durchgesetzt, in der Chancen der norddeutschen Zusammenarbeit ausgelotet werden sollen.

Grüne Leitlinien unserer Arbeit innerhalb der Enquete-Kommission sind:

1. Die Probleme der Menschen müssen im Mittelpunkt der Arbeit stehen. Bürokratische Hemmnisse, die sich beispielsweise hinter den Stichworten „Gastschulabkommen“ und „verbundene Verkehrsplanung“ verstecken, wollen wir überwinden. Auch im Bereich der Gesundheitsversorgung sind durch die Ländergrenzen nicht nachvollziehbare Hürden für die Menschen aufgebaut worden.
2. Bürgerbeteiligung und die Wahrnehmung demokratischer Rechte müssen auch bei einer Vertiefung der norddeutschen Kooperation garantiert werden. So brauchen wir angesichts einer immer größeren Zahl an Staatsverträgen zwischen Bundesländern, auch ein Äquivalent in der direkten Demokratie. Bundesländerübergreifende Volksbegehren und Volksentscheide sollen möglich werden. Das Zusammenwachsen in Norddeutschland darf nicht nur eine Angelegenheit von Regierungen sein. Auch Parlamente müssen stärker kooperieren und sollen frühzeitig in die Entscheidungsfindungen einbezogen werden. Bei bereits geschaffenen Gremien, wie beispielsweise dem Regionsrat der Metropolregion Hamburg, müssen die Parlamente einbezogen werden.
3. Wir erkennen an, dass die Debatte um eine Vertiefung der norddeutschen Zusammenarbeit auch vor dem Hintergrund desolater Länderhaushalte stattfindet. Wir wollen daher Lösungen erarbeiten, die für die Länderhaushalte auch echte Ersparnisse bringen.
4. Wenn Strukturen zusammengeführt werden, wird sich unweigerlich die Standortfrage von Verwaltungseinheiten stellen. Die Diskussion über den Standort der Kirchenleitung von Nordelbien hat gezeigt, wie komplex und emotionsbeladen diese Fragen sein können. Wer die Diskussion ausschließlich unter dem Aspekt des regionalen Proporz führt, wird alle Standorte erhalten müssen, was die Einsparchancen einer norddeutschen Kooperation von vornherein stark einschränken würden. Das kann nicht unser Ziel sein. Das besondere Gewicht Hamburgs in einem norddeutschen Verbund darf andererseits nicht dazu führen, dass die Verwaltungsapparate im Wesentlichen in Hamburg konzentriert werden, zulasten Schleswig-Holsteins und insbesondere Kiels. Wer dies vertritt, würde schnell die vorhandene Zustimmung in weiten Teilen des Landes für eine Vertiefung von länderübergreifenden Kooperationen verspielen. Brauchbare Orientierungspunkte für eine Standortfrage können zum Beispiel die einem Standort national und international entgegengebrachte Anerkennung oder die kulturelle und historische Verbundenheit eines Standorts in seiner Umgebung sein.
5. Besonders im Norden Schleswig-Holstein wird der vertieften norddeutschen Zusammenarbeit auch mit Skepsis entgegen getreten. Es besteht die Befürchtung von der Entwicklung im Süden des Landes „abgehängt“ zu werden. Diese Sorgen ernst genommen werden. Elementarer Bestandteil einer Strategie für die Vertiefung der Zusammenarbeit muss daher auch ein Konzept für den Teil des Landes sein, der fernab vom Hamburger „Speckgürtel“ liegt. Dies macht auch eine Verankerung von Rechten der nationalen Minderheiten bei länderübergreifenden Kooperationen unabdingbar.

6. Die schnelle Schaffung eines neuen norddeutschen Bundeslandes ist nicht Ziel der Vertiefung der Kooperation. Wenn allerdings die Kooperation mit einzelnen Bundesländern ein Maß erreichen sollte, bei dem die demokratische Kontrolle der länderübergreifenden Verwaltungseinheiten nicht mehr zweckmäßig ausgeübt werden kann, verschließen sich Bündnis 90/Die Grünen auch echten Länderfusionen nicht. Wegen der bereits aufgenommenen Kooperationen erwarten wir aus heutiger Sicht, dass lediglich die Zusammenarbeit mit Hamburg bis zum Jahr 2020 eine solche Tiefe der Zusammenarbeit erreichen könnte.
7. Im Bereich Schule erweisen sich die Ländergrenzen eher als Hemmnis und als teuer. Ca. 5600 SchülerInnen aus Schleswig-Holstein besuchen Schulen in Hamburg, für die Schleswig-Holstein aber Schulplätze vorhält. Auch aus Hamburg besuchen mehrere hundert SchülerInnen Schulen in Schleswig-Holstein. Für SchülerInnen an der Landesgrenze ist es nicht einfach möglich, die am nächsten liegende Schule zu besuchen, wenn sie im jeweils anderen Bundesland liegt. Dies gilt in vielen Fällen auch für die BerufsschülerInnen.
8. Um die Pendlerströme, nach und in Hamburg, bewältigen zu können, brauchen wir eine vernetzte Infrastruktur mit schnellen Zugverbindungen von Schleswig-Holstein ins Zentrum Hamburgs. Auch der Netzausbau für den Güterverkehr erfordert ein abgestimmtes Konzept. Der Norden Schleswig-Holsteins muss mit schnellen Zugverbindungen mit dem Süden verbunden werden. Verkehrsplanungen wie zum Beispiel die neue Straßenbahn dürfen nicht einfach an den Stadtgrenzen Hamburgs beendet werden, sondern sollten zukünftig in der Region abgestimmt werden.
9. Die Klimaschutzpolitik muss überregional gedacht werden, um effektiv zu sein. Konzepte für vernetzte Hafenwirtschaft, Küstenschutz, Wirtschaftsentwicklung sind nur in Kooperationen nachhaltig umzusetzen.
10. Wir fordern, dass in der Vergangenheit bereits begonnene Diskussionen über die Zusammenführung von Strukturen wieder aufgenommen werden. Dazu zählen etwa die Forderung nach einer gemeinsamen Datenschutzbehörde von Hamburg und Schleswig-Holstein und die Schaffung gemeinsamer Obergerichte, etwa eines länderübergreifenden Oberlandesgerichts oder Oberverwaltungsgerichts.
11. Die finanziellen Mittel, die durch eine Verschlankung der Länderstrukturen gewonnen werden, sollen dahin gelenkt werden, wo es die Menschen täglich spüren. Das bedeutet für uns eine Stärkung der Kommunen und ihrer finanziellen Ausstattung.

Die Vertiefung der Zusammenarbeit in Norddeutschland ist auch in unserer Partei auf einem guten Weg. Wir wollen diese Kooperation noch weiter verfestigen. Landesvorstand, Landtagsfraktion und Landesarbeitsgemeinschaften sollen Kontakt mit den entsprechenden Grünen Organisationen von Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen aufnehmen und in Gespräche über eine verstärkte politische Kooperation eintreten.